

Senioren rocken die CDU-Parteizentrale

Die Senioren-Union will die CDU erneuern – Ehemaliger Ministerpräsident Erwin Teufel: „Christlich orientierte Stammwähler“ zurückgewinnen **VON STEFAN REHDER**

Vor dem Konrad-Adenauer-Haus im Berliner Ortsteil Tiergarten stehen weder Panzer noch Soldaten. Nicht einmal muskelbepackte Taschenausgaben der Klitschko-Brüder gibt es zu bestaunen. Für die Sicherheit in der CDU-Parteizentrale sorgen stattdessen zwei junge Damen, die vermutlich auch auf der Modemesse „bread and butter“, die zeitgleich in Berlin stattfand, die Blicke auf sich gezogen hätten. Höflich aber bestimmt bitten sie Journalisten ihre Taschen zu öffnen und die Laptops hochzufahren. Die rund 250 Teilnehmer der Kreisvorsitzenden-Konferenz, die die Senioren-Union, mit 57 000 Mitgliedern die zweitgrößte Vereinigung innerhalb der CDU, hier veranstaltet, sollen offenbar nicht unnötig beunruhigt werden. Auch sonst ist kaum etwas so, wie man es auf Veranstaltungen der CDU längst gewohnt ist. Wer Einlass in das Foyer begehrt, der muss zunächst am Stand der „Christdemokraten für das Leben“ (CDL) vorbei. Auf den Parteitagen der CDU fehlt der CDL-Stand zwar auch nie. Doch wird er dort stets zuverlässig in dem abgelegenen Winkel platziert, den die jeweilige Messehalle zu bieten hat. Im Foyer der CDU-Parteizentrale hat die Senioren-Union der CDL dagegen die „Pole-Position“ zugeordnet, erst dann kommen die Stände der zahlreichen Sponsoren. „Ihr seid uns besonders wichtig“ und „bei uns kommt Ethik vor Monetik“ soll das wohl heißen. Und als wäre das der Provokation noch nicht genug, wird am Eingang gleich auch noch für das Buch des Bonner Publizisten Martin Lohmann geworben. Unübersehbar, zwei Reihen mit mehreren Exemplaren übereinander, liegt dort Lohmanns jüngstes Werk „Das Kreuz mit dem C – Wie christlich ist die Union?“ aus. Dabei hat sich der Autor mit diesem Buch und noch mehr als Sprecher des Arbeitskreises Engagierter Katholiken in der CDU (AEK) so manchen CDU-Funktionsträger zum Feind gemacht. Was die offenbar überaus selbstbewusste Senioren-Union nicht daran hinderte, den fernsehfernen Katholiken gleich mit der Moderation zweier Podien zum Lebensschutz und zur Familienpolitik zu beauftragen.

Den Auftakt aber macht natürlich der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, der Finanzwissenschaftler Otto Wulff. Wulff, der jahrzehntelang dem Deutschen Bundestag angehörte und vermutlich auch als Vorsitzender im „Verein der Freunde und Förderer einer deutlichen Aussprache“ ziemlich unangefochten wäre, kommt gleich zur Sache. Wir lebten „in einer Zeit großer Gefahren“, die zum „Nachdenken und Handeln“ zwingt. In den vergangenen Jahrzehnten habe die „Macht der Menschen über die Materie“ in „unvorstellbarem Maße“ zugenommen, und wachse weiter. Man müsse aber die Frage stellen, wozu wir diese Macht gebrauchen: „Führt sie zur Zerstörung des Lebens oder dient sie seinem Schutz in einer uns anvertrauten Welt?“ Zumal ein Anwachsen der Macht „kein automatisches Wachstum unserer moralischen Fähigkeiten“ bedeute. Um



„Deutschlands Chancen nutzen“ – aber nicht um jeden Preis: Die Senioren-Union plädierte auf ihrer Konferenz in der CDU-Parteizentrale, dem Konrad-Adenauer-Haus in Berlin, für ein klareres christliches Profil. Foto: dpa

Letzteres macht sich Wulff, wie viele andere nachdenkliche Menschen auch, Sorgen. Die „Balance“ zwischen dem „technischen Können“ des Menschen und seinen „moralischen Werten“ sei jedenfalls „gestört“, befindet Wulff, und erntet für diese Feststellung den Applaus des ganzen Saales. Aber der Professor, der auf Polemik ebenso verzichtet wie auf Kritik an Personen, vermag der aktuellen Situation auch Positives abzugewinnen. „Die demografische Entwicklung setzt die Senioren-Union in die Lage, mehr Gewicht im politischen Wettbewerb zu erreichen und sich insbesondere für ältere Mitbürger einzusetzen und sie nicht politischer Willkür zu überlassen. Und „um allen vermeintlichen Vorurteilen und Befürchtungen sogleich wirksam entgegenzutreten“ fügt er hinzu, „Politik allein für die Älteren zu gestalten ist der Senioren-Union Sache nicht! Wir wollen keine Altenpolitik in einer Altenrepublik. Wir wollen den Ausgleich und die Gemeinschaft zwischen Jung und Alt. Sie sind in unserer Partei das Gütesiegel der Union der Generationen, das unverkennbare Markenzeichen der Union.“

Wie die „Gemeinschaft zwischen Jung und Alt“ funktioniert, konnte man erst Anfang letzter Woche wieder einmal studieren. Kaum hatte der Bundesvorstand der Senioren-Union sein geradezu revolutionäres „Manifest Kultur des Lebens“ mit überwältigender Mehrheit verabschiedet, da meldeten sich auch schon der Bundesvorsitzende der Jungen Union Philipp Mißfelder (CDU) und seine Stellvertreterin, die bayerische Bundestagsabgeordnete Dorothee Bär (CSU) zur Wort und begrüßten in einer Pressemitteilung „ausdrücklich“ das von der Senioren-Union verabschiedete Papier. Alle politischen Entscheidungen müssten „unter der Maßgabe der Beibehal-

tung beziehungsweise Schaffung einer humanen und lebenswerten Gesellschaft“ getroffen werden. Der Lebensschutz sei „eine der wichtigsten Grundideen der Unionsparteien“. Sowohl bei der Ablehnung der Präimplantationsdiagnostik (PID) als auch „bei den Themen Abtreibung, Stammzellforschung und aktiver Sterbehilfe“ stimme die Junge Union „mit den Positionen der Senioren-Union überein“.

PID-Votum wird zum Thema der Konferenz

Dass rund ein Drittel der Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dies gegenwärtig anders sieht – 70 der 237 Unionsabgeordneten stimmten am Donnerstag für die gesetzliche Zulassung der PID, zehn nahmen an der Abstimmung nicht teil, drei enthielten sich – war denn auch eines der Themen, mit dem sich die Konferenz beschäftigte. Elisabeth Gräfin von Stauffenberg, Generaloberin der Malteser Schwesternschaft, sprach, von Lohmann gefragt, ob sie mit dem Verlauf der Debatte zufrieden sei, aus was viele dachten. „Ich kann nicht zufrieden sein. Ich bin tief enttäuscht. Mit dem Mäntelchen der Barmherzigkeit sind schon viele schreckliche Gesetze verabschiedet worden. Ich bin eigentlich verzweifelt.“ Geradezu „erlöst“ habe sie deswegen auch das „Manifest Kultur des Lebens“. Da gäbe es „nicht einen zweifelhaften Satz“. Auch das hat es in der Union lange nicht gegeben.

Pastor Jens Motschmann, Landesvorsitzender der Senioren-Union in Bremen und Mitglied im Bundesvorstand der Senioren-Union, war zuvor in einem einleitenden Impuls-Referat der Frage nachgegangen, wie es überhaupt zu einem derart gravierenden „Gesinnungswandel mit Blick auf

die Verfügbarkeit des menschlichen Lebens“ habe kommen können. Die Antwort fand der Protestant nicht ausschließlich bei der Politik. „Die prägende Kraft des Christentums geht zurück.“ Viele wüssten daher „einfach nicht mehr, was richtig und was falsch ist“. Und an die Mitglieder der Senioren-Union gewandt, appellierte der Protestant: „Im Namen Gottes und der Menschen, lasst uns Botschafter des Lebens und nicht Agenten des Todes sein.“

Der Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Lorenz Jäger, wollte die Parteiführung nicht so ungeschoren davorkommen lassen. Der Laizismus werde im Parlament vor allem von der FDP vertreten. Die aber verfüge im Bundestag über keine Mehrheit. Wenn es der Union daher nicht gelänge Mehrheiten für ihre Positionen zu organisieren, müsse man fragen warum. Lorenz erinnerte daran, dass Unionspolitiker sich bei den Gesetzgebungsverfahren zur Patientenverfügung und zur PID mit nicht allzu weit auseinanderliegenden Gesetzentwürfen gegenseitig Stimmen weggenommen hätten und beschied trocken: „Das ist politischer Dilettantismus.“

Ausführlich debattiert wurde auch die Gefahr einer Liberalisierung der aktiven Sterbehilfe. Der Beschluss des 114. Deutschen Ärztetages erfuhr viel Zustimmung. Und doch war niemand so naiv zu meinen, damit sei die Gefahr gebannt. Eugen Brysch, Geschäftsführender Vorstand der Patientenschutzorganisation Deutsche Hospiz Stiftung, forderte, die CDU müsse bei der Reform der Pflege beantworten, „was ihr christliche Werte wert sind“. Sollte die „Schlacht um den begleiteten Suizid gewonnen werden“, müsse „die Pflege anders organisiert werden“. In Städten wie Hamburg, Frankfurt und München könnten Krankenschwestern angesichts der hohen

Mieten von ihrem Lohn nicht leben, beklagte Gräfin von Stauffenberg und bemängelte, dass es vielfach an Geld und Zeit fehle, „Versehrte“ menschenwürdig zu pflegen.

Auf dem zweiten Podium am Nachmittag ging es um die Frage, wie Deutschland eine kinderfreundlichere Gesellschaft werden könne. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Patrick Sensburg forderte Kinder müssten mehr in die Mitte der Gesellschaft gestellt werden. Firmenfeste etwa müssten sich für Ehepartner und Kinder öffnen. Die Publizistin Gabriele Kuby warnte vor dem Gender-Mainstreaming, einer Frühsexualisierung von Kindern. Dass Kinder in der Gesellschaft so wenig präsent seien, machte sie vor allem an zwei Dingen fest. Zum einen gäbe es einfach weniger, nicht zuletzt, weil in Deutschland in den letzten drei Jahrzehnten acht Millionen Kinder abgetrieben worden seien. Und die, die es gäbe, säßen durchschnittlich 3,5 Stunden pro Tag vor dem Bildschirm. Eine ganze Fülle von Ideen, wie Deutschland wieder kinderfreundlicher werden könne, präsentierte Tanja Cassandra zu Waldeck und Pyrmont. Die promovierte Betriebswirtschaftlerin und Mutter dreier Kinder hat eine Internetplattform gegründet, auf der sich Mütter austauschen und zusammen mit anderen einen Verband für kinderreiche Familien ins Leben gerufen (siehe Interview Seite 3).

Nach Ansicht von Wulff lässt sich eine „Umkehr des Denkens zur Stärkung einer inneren Ordnung“ nur erreichen, „wenn Kinder überall wieder als Glück und Geschenk empfunden werden und einen zentralen Sinn unseres Lebens ausmachen“. Wo eine Mutter mit drei Kindern „insgeheim als Sozialfall empfunden“ werde und mehr als zwei Millionen Kinder „aufgrund ihrer sozialen Herkunft jede Chance auf Bildung genommen“ werde, sei „die Gesellschaft krank“ und habe „keine Zukunft“.

Tags darauf las Baden-Württembergs ehemaliger Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) seiner Partei kräftig die Leviten. Die CDU müsse eine weitsichtige, vertrauensvolle, berechenbare, wirklichkeitsnahe und werteorientierte Politik machen, forderte Teufel im Konrad-Adenauer-Haus „Es kommt mehr denn je auf glaubwürdige Persönlichkeiten in Partei und Parlament an.“ Der 71-jährige forderte die CDU explizit auf, ihre „christlich orientierten Stammwähler“ zurückzugewinnen. Das sei „wichtiger und einfacher, als neue Wähler zu bekommen“. Derzeit läge die Partei hier weit unter ihren Möglichkeiten.

In der Senioren-Union war der Wunsch, hier Abhilfe zu schaffen, mit den Händen zu greifen. Dass dies auch eine programmatische Debatte innerhalb der eigenen Partei erfordern werde, schien in der CDU-Parteizentrale allen klar zu sein. Man darf gespannt sein, ob sich die Parteiführung darauf einlässt. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe hatte zumindest seine Büroleiterin geschickt, um die Konferenz zu beobachten.

„Wir müssen unsere Vorurteile ablegen“

„NetMoms“-Gründerin Prinzessin Tanja zu Waldeck fordert mehr Toleranz für unterschiedliche Familienmodelle **VON STEFAN REHDER**



PRINZESSIN TANJA CASSANDRA ZU WALDECK UND PYRMONT. Foto: Archiv

Das von Ihnen gegründete Internetportal Netmoms.de verzeichnet mehr als 1,5 Millionen Besucher im Monat. Was ist der Grund für ein derart gewaltiges Interesse an Themen wie Schwangerschaft, Geburt und Kindererziehung in einem Land, das oft den Anschein erweckt, Kinder vor allem als Belastung und Karrierekiller zu betrachten? Kinderlose Freunde langweilt man schnell mit seinen Kindersorgen. Viele Themen will man auch gar nicht mit Bekannten be-

sprechen. Diese Lücke füllt NetMoms. Bei uns können sich Mütter über jedes Thema so lange sie möchten austauschen und informieren. So stärken Eltern sich gegenseitig.

Glaubt man dem Mainstream, gehört Selbstverwirklichung – und speziell die von Frauen – heute zu den höchsten Werten. Sie beklagen aber, gerade Frauen könnten es mit der Wahl eines Lebensmodells niemandem recht machen? Wie kommt das und wie ließe sich dieses Paradoxon auflösen? Deutschland hat, im Gegensatz zu anderen

Ländern, jahrzehntelang weiter auf ein traditionelles Rollenmodell gesetzt. Der momentane Fokus der Politik und Presse auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll dies nun kompensieren. Dabei entsteht für viele der Eindruck, dass die Leistungen der vielen Vollzeitmütter überhaupt nicht mehr geschätzt werden. Die Gesellschaft diskutiert dogmatisch und verbissen. Jeder verteidigt sein Modell. Egal wie sich junge Frauen heute entscheiden, irgendjemand

in ihrem Umfeld wird sie immer kritisieren. Kein Wunder, dass Frauen verunsichert sind und den Eindruck haben, nichts richtig zu machen. Wir müssen unsere Verunsicherung und Vorurteile ablegen und den Frauen mit mehr Toleranz und Unterstützung entgegenzutreten, egal für welches Modell sie sich entscheiden. Dies gilt übrigens auch für Männer, denn auch junge Väter haben mit vielen Vorurteilen zu kämpfen, wenn sie sich stärker um ihre Kinder kümmern möchten.

In einer zunehmend kinderlosen Gesellschaft müsste es doch im ureigenen Interesse des Staates liegen, denjenigen, die sich für Familie entscheiden, mit besonderem Wohlwollen zu begegnen. Spüren Sie als Mutter von drei Kindern etwas von diesem Wohlwollen?

Die Reaktionen reichen von größtem Wohlwollen bis zur absoluten Ungläubigkeit. Es freut mich aber immer, wenn ich merke, dass unser Beispiel anderen Mut zur eigenen Großfamilie macht. Wir kinderrei-

chen Familien müssen viel aktiver und positiver kommunizieren, dass Kinder nicht nur Arbeit, sondern auch eine besondere Lebensfreude bedeuten. Um diese Botschaft zu verbreiten, habe ich gemeinsam mit Freunden dieses Jahr den Verband kinderreicher Familien gegründet. Bisher sind die Reaktionen aus der Politik, Wirtschaft und den Familien sehr positiv. Die Notwendigkeit der Familienförderung wurde klar erkannt. Nun müssen wir Großfamilien uns aktiv einbringen und sichergehen, dass auch das Richtige umgesetzt wird.

In den Medien war von diesem Verband bislang noch nicht viel zu hören. Wann geht es richtig los?

Der Verband wurde Anfang des Jahres gegründet. Wir haben uns die ersten Monate auf die Entwicklung unseres Leitbildes und unserer Ziele konzentriert. Auch erste Gespräche mit Politik und Wirtschaft wurden angestoßen. Die neue Webseite geht in den nächsten Wochen unter www.kinderreichefamilien.de online. Daher sind wir noch

nicht aktiv an die Presse herangetreten. Dies wird sich aber bald ändern und wir freuen uns schon auf den Austausch.

Wenn Sie die Agenda gestalten sollten für die Kampagne „Deutschland wird kinderfreundlich“. Was stände da ganz oben? Noch mehr Krippenplätze?

Eine gute Kinderbetreuung ist wichtig, reicht aber nicht, um einer Gesellschaft das Prädikat „kinderfreundlich“ zu verschaffen. Die Investition in Kinder in Punkto Zeit und Geld muss mehr gewürdigt werden. Die Politik kann sich einsetzen, Familien bei der Steuer und den Sozialversicherungen fairer zu behandeln. Auch eine Verkürzung der Ausbildungszeiten würde Paaren eine frühere Familiengründung erleichtern. Denn wer erst mit dreißig im Beruf ankommt, der bekommt selten noch mehrere Kinder. Unternehmen müssen flexible Arbeitszeiten und mehr Toleranz für Familienzeit mit einbringen. Sie werden mit loyalen und sozial kompetenten Mitarbeitern dafür in Zukunft belohnt.